

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/170

7. September 1971

Regierung und Opposition

Klagen über Nichtunterrichtung sind
unberechtigt

Von Karl Wienand MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der
sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Bedenkliche Unkenntnis

Eine aufschlußreiche Untersuchung der
Rentenversicherungsträger

Seite 3 / 34 Zeilen

Die aktuelle SPD-Pressediens-Dokumentation III

Wirtschaftspolitische Bilanz nach zwei Jahren
SPD/FDP-Koalition

Seite 4 und 5 / 94 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 2280 87-35
Telefax: 886 948/886 847
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENS

5300 Bonn - Bad Godesberg

Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Regierung und Opposition

Klagen über Nichtunterrichtung sind unberechtigt

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Oppositionsführer Barzel lamentiert und lamentiert... Er beklagt sich, die CDU/CSU werde nicht genügend, nicht rechtzeitig und nicht ständig vom Bundeskanzler selbst informiert.

Klopft man diese Behauptungen auf ihren Wahrheitsgehalt ab, so bleibt nichts übrig. Im Gegenteil: Niemals in der Geschichte der Bundesrepublik ist die Opposition so gründlich über die Regierungspolitik unterrichtet worden wie während der sozialliberalen Koalition. Allein in der Zeit vom 1. August 1970 bis 31. Juli 1971 - also im Verlauf eines Jahres - ist die Opposition über 70mal durch Vertreter der Regierung im Bereich der Deutschland-, Berlin- und Außenpolitik informiert worden. Bundesminister Prof. Ehmke hat auch schon darauf hingewiesen, daß die Opposition im Auswärtigen Ausschuß und im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages 21mal vertraulich unterrichtet worden ist. Neben anderen Vertretern der CDU/CSU ist Dr. Barzel 30mal offiziell und vertraulich informiert worden, davon allein zehnmal durch den Bundeskanzler. Außerdem ist auch die CDU-Opposition im Abgeordnetenhaus in Berlin ständig über die Berlin-Gespräche der Vier Mächte auf dem Laufenden gehalten worden. Diese Zusammenarbeit der Regierung mit der Opposition soll sogar soweit gegangen sein, daß Dr. Barzel den englischen Text des Berlin-Abkommens zwei Tage früher als die Minister erhalten haben soll. Wer sich daran erinnert, wie der ehemalige CDU-Kanzler Adenauer zum Beispiel vor Abschluß des Deutschlandvertrages mit der SPD-Opposition umsprang und sie ständig vor vollendete Tatsachen stellte, der kann bei dem Lamento von Dr. Barzel nur den Kopf schütteln.

Anstatt der Regierung mangelnde Informationsbereitschaft vorzuwerfen, sollte sich der Oppositionschef einmal fragen: Wer schlug die Einladung an die Bundestagsfraktionen zur Unterzeichnung der Verträge in Moskau und Warschau aus, die der Unterrichtung aus erster Hand dienen sollten? Wer hat danach den Vorschlag, einen parlamentarischen Kontaktausschuß einzurichten, nicht aufgegriffen?

Die Regierung wiederholte diese Anregung nach Unterzeichnung des Berlin-Abkommens und fand bis zur Stunde bei Dr. Barzel nur kühle Zurückhaltung. Wer schlug die Einladung des Außenministers zu einem Gespräch mit den drei Fraktionsvorsitzenden über die Berlinvereinbarung aus, um sich dann endlich doch zu Walter Scheel zu bemühen? Man kann den Langmut der Regierung nur be-

wundern, daß sie sich vom Oppositionsführer auf der Nase herumtanzen läßt.

Nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages habe ich erklärt, die CDU/CSU-Opposition werde mindestens ebenso gut unterrichtet wie die SPD unter früheren Unionsregierungen. Die Regierung Brandt/Scheel hat unvergleichlich mehr getan. Heute reicht kein Superlativ aus, um die ständige und gründliche Information der Opposition zu kennzeichnen.

Warum also das dauernde Lamento von Dr. Rainer Barzel? Offenbar will er damit nur kaschieren, wie zerstritten die CDU/CSU zurzeit ist. Für diese Annahme spricht vieles, denn die letzten Tage haben gezeigt, daß die Opposition weder in der Währungsfrage noch in ihrem Führungsproblem noch in ihrer Haltung zum Berlin-Abkommen auf einen Nenner zu bringen ist.

Ein zweites: Das Taktieren Dr. Barzels in der Frage der Kooperation erlaubt ganz offensichtlich den Schluß, daß er gegenüber seinen Fraktionskollegen ein Informationsmonopol aufbauen will. So wäre auch zu verstehen, daß er das Angebot auf Einrichtung eines Kontaktausschusses bis heute noch nicht angenommen hat.

Dr. Barzel hat es mit seiner Fraktion auszumachen, daß er sie bewußt in einem Informationsrückstand hält, um sich umso besser für die kommenden Personalentscheidungen in der Union profilieren zu können. Doch soll er nicht von der Regierung verlangen, daß sie ein solches Spiel mitmacht. Verständlich auch, daß Dr. Barzel ständig verlangt, er müsse mit dem Kanzler persönlich sprechen. Das würde sein Ansehen im Hinblick auf den Saarbrücker Parteitag der CDU und das folgende Unionskonzil sicherlich heben.

Ungeachtet dieser durchsichtigen Taktik sollte die Opposition weiterhin umfassend informiert und konsultiert werden. Zwar kann keine Regierung ihre Entscheidungen ausschließlich von der Haltung der Opposition abhängig machen. Doch es bleibt die Hoffnung, daß die CDU/CSU - bestens informiert und ausführlich um Rat befragt - trotz der wütenden Alleingänge des CSU-Vorsitzenden Strauß doch noch eine Übereinstimmung findet in den Lebensfragen unseres Volkes.

(-/wr/7.9.1971/bgy)

+ + +

Bedenkliche Unkenntnis

Eine aufschlußreiche Untersuchung der Rentenversicherungsträger

Bedenkliche Unkenntnis über Begriffe der Rentenversicherung zeigten 2.000 aktiv Versicherte und Rentner, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger befragte. Zwar waren Begriffe wie Versicherungspflicht, Rentenbescheid, Erwerbs- und Berufsunfähigkeit, Altersgrenze und Versicherungsjahr im allgemeinen geläufig, Anwartschaft, beitragslose Zeiten und Ausfallzeit waren hingegen für zwei Drittel "böhmische Dörfer". Selbst unter "Umschulung" durch die Rentenversicherung konnten sich nur 28 vH. etwas vorstellen. Drei Viertel der Befragten sagten Begriffe wie Versicherungsverlauf, Bemessungsgrundlage, Ersatzzeiten und sogar dynamische Rente gar nichts. Darüber hinaus erklärten 69 vH., sie hätten das Gefühl, doch eigentlich unzureichend Bescheid zu wissen.

Besonders deutlich wird dieses "unzureichend Bescheid wissen" bei der Frage nach der Höhe des Arbeitnehmeranteils. Nur ganze drei vH. gaben ihn richtig mit 8,5 vH. an. 36 vH. gab falsche Antworten, 64 vH. gaben ehrlich ihre Unwissenheit zu.

Auch über die Leistungsbreite der Rentenversicherung herrscht weitgehend Unklarheit. 34 vH. kannten nur die Alterssicherung. Immerhin wußten aber auch 62 vH., daß Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit von der Rentenversicherung getragen werden.

49 vH. gaben bei der Frage nach der Renditeerwartung an, daß man viel einzahle und wenig herausbekomme, 48 vH. rechnen sogar mit einer Kürzung der Rente bei Krisen.

Allerdings glauben nur knapp 25 vH. an eine Fehlerhaftigkeit bei der Rentenberechnung. Dennoch ist das Bild der Rentenversicherungsträger leicht negativ eingefärbt, weil man in der Regel in ihnen Behörden und nicht Dienstleistungsträger sieht. Daraus sollen jetzt die Konsequenzen gezogen werden. Mit Filmen, Fernsehspots, Broschüren und einem besonders freundlichen Briefstil wollen die Rentenversicherungsträger systematische Vertrauenswerbung treiben und "dem Publikum das Gefühl geben, mit einem Anliegen gut aufgehoben zu sein".

Peter-Paul Henckel
(-/wr/7.9.1971/bgt)

Die aktuelle SPD-Pressedienst-Dokumentation III

Wirtschaftspolitische Bilanz nach zwei Jahren SPD/FDP-Koalition

Wer heute die Konjunkturpolitik rückblickend zu beschreiben und zu bewerten versucht, muß sehr selbstkritisch sein, auch kritisch gegenüber der eigenen Beurteilungen während der vergangenen zwei Jahre. Zunächst ist einmal festzustellen, daß das Erscheinungsbild in der Wirklichkeit und die Vorstellung von der wirtschaftlichen Lage zwei Dinge sind, die in den vergangenen zwei Jahren nie etwas miteinander zu tun hatten. Rückwirkend kann man feststellen, daß in dieser Zeit fast alle Ziele der Wirtschaftspolitik erreicht worden sind:

- Die Vollbeschäftigung ist so, daß auch ältere Arbeitnehmer keine Sorgen um ihren Arbeitsplatz haben,

- es sind überraschend hohe Wachstumsraten erzielt worden,

- die längste Zeit während dieser zwei Jahre, praktisch bis zum Frühjahr 1971, gab es keine außenwirtschaftlichen Sorgen und auch nach dem Frühjahr 1971 hatte die Bundesrepublik keine realen außenwirtschaftlichen, sondern nur monetäre währungspolitische Sorgen. Und auch da nicht eigene Probleme, sondern es waren Sorgen, die eigentlich andere Länder hatten, die sich auf uns auswirkten.

- Die Lohnsteigerung und die Einkommenssteigerung insgesamt waren ausgesprochen gut.

- Selbst bei den Preisen ist bis jetzt verhindert worden, daß sich die Preissteigerungen galoppierend entwickelt haben. Und jeder, der volkswirtschaftliche Zusammenhänge kennt und die Preisentwicklung zu analysieren vermag, wird zugestehen müssen, daß die Preissteigerungen, die wir im Jahre 1970 im Wohnungsbau und 1971 bei anderen Produkten haben, nicht unbeeinflusst waren von der Stahlpreiserhöhung bis zu 100 Prozent, die wir im August 1969 zu verzeichnen hatten.

Aber unabhängig davon, daß die Verantwortung bei früheren Regierungen und früheren Bundeskanzlern gesucht werden kann, wird jeder, der die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik in den vergangenen zwei Jahren getragen hat, einiges selbstkritisch bemerken. Andere, die diese Wirtschaftspolitik zu beurteilen haben, werden hinterher kritisch diese Wirtschaftspolitik beurteilen; und sie tun das heute auch. Aber das ist ziemlich unfair. Rückwirkend weiß man alles besser. Wer heute Wirtschaftspolitik kritisieren will, der sollte vorher folgendes beachten:

1/ Er muß den Wissensstand über ökonomische Daten zum Entscheidungszeitpunkt berücksichtigen. 2/ Er muß berücksichtigen,

daß die meisten oder viele Einflüsse auf die Wirtschaftspolitik wirken, die außerhalb des Einflußbereichs der Bundesregierung liegen. 3/ Er muß fragen, weil er in der Realität auch in der Realität der politischen Zusammenhänge und Entscheidungsprozesse lebt; er muß fragen, wie hätte eine andere und jede andere mögliche Regierung gehandelt in der bestimmten Situation und 4/ er muß die Ausgangslage und die Startchancen in der Wirtschaftspolitik beachten, er muß eben fragen, was war eigentlich schon gelaufen im Oktober 1969, was war ohne Gefährdung anderer wichtiger Ziele überhaupt noch zu korrigieren.

Wer dies alles beachtet, wird zunächst einmal feststellen können, daß gemessen an diesen Beschränkungen die Bundesregierung eine ganze Reihe von richtigen Entscheidungen getroffen hat, und daß sie bereit war, unpopuläre Maßnahmen zu treffen. Das beginnt damit, daß sie im Oktober 1969 gegen den Widerstand der Opposition aufgewertet hat, auch gegen den Widerstand der Bundesbank. Beide waren gegen Aufwertung. Erstaunlich ist nur, daß dieses Faktum nichts an der Rechthaberei bei der Institution nachträglich geändert hat. Beide waren dagegen, beide haben es gewagt oder wagen es immer noch, die Bundesregierung auf erstaunliche Weise zu kritisieren.

Ähnlich ist es der Bundesregierung mit dem Sachverständigenrat gegangen. Derselbe Sachverständigenrat, der den Konjunkturzuschlag im Frühjahr 1970 für richtig hielt, fand später bei der Präsentation seines Gutachtens sechs Monate später, den im Juni 1970 eingeführten Konjunkturzuschlag für bedenklich. Das gehört alles in die Gruppe der unfairen Behandlungsweisen. Wenn die Bundesregierung mit dem Wissen zu handeln gehabt hätte, das sie heute hat, dann hätte sie mit Sicherheit stärker aufgewertet und sie wäre möglicherweise auch binnenwirtschaftlich im Frühjahr 1970 stärker rangegangen.

Was wäre von einer CDU/CSU-Regierung zu erwarten gewesen? Im Grunde allerhöchstens Versuche bei der Kürzung im Haushalt. Und das wäre noch fraglich gewesen - angesichts der Landtagswahlen. Die CDU/CSU hätte keine Aufwertung zustandegebracht. Es wäre sehr zu bezweifeln, ob sie bei der Kürzung des Haushalts soviel geschafft hätte, wie die Bundesregierung. Und die CDU/CSU hätte eine Unmenge von Exportüberschüssen produziert. Sie hätte damit zwar ihren Interessenten, die in der Exportgroßindustrie sitzen, Genüge getan; aber sie hätte gleichzeitig real deutsches Sozialprodukt im Ausland verschleudert. Das wäre das Bild einer von der CDU/CSU geführten Wirtschaftspolitik gewesen. Gemessen daran ist diese Bundesregierung mit dem Attribut gut über die Runden gekommen. (am/wr/7.9.1971/bgy)